



Mehr Demokratie: Der Weg zu einer besseren Berufsbildung

Positionspapier der JUSO Schweiz verabschiedet an der Jahresversammlung vom 28./29. März 2015

In der Geschichte des Kapitalismus konnten diesem immer dann Zugeständnisse abgerungen werden, wenn Arbeitende gemeinsam dafür kämpften. Diesem Fakt haben wir es zu verdanken, dass Arbeitszeiten, Löhne, Arbeitslosigkeit und vieles mehr heute geregelt – wenn auch bei weitem noch nicht gerecht – sind. Die sozialpolitischen Errungenschaften der letzten rund 100 Jahre sind ein grosser Erfolg. Jedoch fehlt heute nach wie vor in fast sämtlichen Bereichen der Wirtschaft die demokratische Mitbestimmung. Auch ist heute der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen weitgehend zum Erliegen gekommen. Schlimmer noch: Die Rechte der Arbeitenden sollen durch stagnierende Löhne, längere Arbeitszeiten und geschwächte Sozialwerke wieder abgebaut werden. Die Speerspitze der neoliberalen Attacken trifft zuerst diejenigen, welche sich am schwersten wehren können, in diesem Fall die Jungen.

Die JUSO Schweiz ist bestrebt, die Rechte der jungen Arbeitenden auf Mitsprache, eine qualitativ gute Ausbildung, auf angemessene Entlohnung, ausreichend Ferien und auf eine gesicherte Zukunft zu verteidigen und weiter auszubauen. Wir kämpfen gemeinsam mit einer Generation, welche einen Anspruch auf ein gutes Leben in Freiheit und Menschenwürde hat und welche neue, gerechtere Formen des Wirtschaftens verdient.

Für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten besteht der Kampf für ein gerechtes Wirtschaftssystem immer auch im Kampf für mehr Demokratie. Wo heute das Kapital diktiert und den Lohnabhängigen jede Mitbestimmung und ihre Menschenwürde raubt, soll die Bestimmungsmacht der Arbeit stehen und Demokratie auch in der Wirtschaft ermöglichen.

Gute Arbeit auch für Lernende

Die Berufslehre hat in der Schweiz eine lange Tradition. Die Gesellenverhältnisse gab es schon im Frühkapitalismus; bereits im 19. Jahrhundert entstand das duale Berufsbildungssystem und der Bund beschloss dessen Subventionierung. Diese Form der Ausbildung ist auch aus sozialistischer Perspektive vielversprechend, denn die praxisnahe Lehre und die staatliche Kontrolle der Ausbildung sind auch im Interesse der Lernenden. Nach wie vor beinhaltet die Lehre in der Schweiz zahlreiche positive Punkte. Der Druck am Arbeitsplatz ist gross, die Kontrolle der Lehrbedingungen ist minimal und die Rechte der Lernenden bestehen oft nur theoretisch. Massive Ausbeutung, extrem tiefe Löhne, ungenügende Betreuung und gesundheitliche Risiken am Arbeitsplatz sowie die Auflösung jedes dritten Lehrverhältnisses sind Realität.

In den 90er Jahren bestand zusätzlich das Problem einer massiven Lehrstellen-Knappheit. Die Arbeitgebenden stahlen sich systematisch aus der Verantwortung und verweigerten die Schaffung von Ausbildungsplätzen. Die linke Lehrstellen-Initiative (Lipa-Initiative) wollte dies ändern und zudem bessere Lehrbedingungen für alle schaffen. Die Initiative scheiterte zwar, dennoch kam es mit dem neuen Berufsbildungsgesetz zu Verbesserungen. Seit 2002 hat der Staat mehr Kompetenzen bei der Schaffung von Lehrstellen und der Überwachung der Lehrverhältnisse. Seither wurde kaum noch Fortschritt erkämpft – und das Bestehende wird schlecht umgesetzt. Das wollen wir ändern!



Die Prekarisierung beenden

Jugendarbeitslosigkeit und Armut sind heute nicht nur im Ausland weit verbreitet. Auch in der Schweiz ist die Jugendarbeitslosigkeit markant höher als im Durchschnitt der Erwerbstätigen. Fast 11 Prozent der jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren sind ohne Anstellung¹. Auch verbreitet ist die Jugendarmut. 45 Prozent der Schweizer Sozialhilfebeziehenden sind Jugendliche – mehrheitlich verfügen sie über keine Ausbildung.² Diese Perspektivlosigkeit führt nicht nur zu Verzweiflung und Frustration, sondern kann auch Verschuldung, Kriminalität und psychische Probleme verursachen. Wer einen Job hat, muss oft unter prekären Arbeitsverhältnissen arbeiten. Die Generation Praktikum wächst auch in der Schweiz rasant. Viele junge Menschen müssen vor oder nach der Ausbildung Praktika absolvieren ohne dabei ausgebildet oder gerecht entlohnt zu werden.

Es ist höchste Zeit, diese menschenunwürdigen Verhältnisse zu ändern und in der Berufslehre und den Betrieben mehr Gerechtigkeit und Demokratie durchzusetzen und damit mehr Freiheit für junge Menschen in dieser Wirtschaft zu schaffen. Die JUSO Schweiz fordert deshalb:

Mehr Schutz!

- Mindestens zwei unangemeldete Kontrollen durch die Kantone pro Lehrverhältnis
- Reglementierte Arbeitszeiten zum Schutz von Lernenden und Praktikant_innen sowie Grundsätzlich keine Nacht- und Wochenendarbeit für Lernende und Praktikant_innen
- Die Höchstarbeitszeit auf 8h/Tag und 40h/Woche festlegen und durchsetzen
- Keine berufsfremden Arbeiten
- Gesetzliche Schutzbestimmungen für Praktika
- Einen Schutz vor Diskriminierung aufgrund von physischer Erscheinung, Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft und Ethnie, Überzeugung, sozialer Stellung und Sprache während der Ausbildung
- Die Etablierung anonymisierter Bewerbungen

Mehr Mitsprache!

- Die demokratische Mitsprache im Lehrbetrieb
- Tripartite Lehraufsicht bestehend aus Staat, Gewerkschaften und demokratisch von Lernenden gewählte Lernende
- Das Stimmrechtsalter 16 für alle
- Die Möglichkeit, den Lehrbetrieb unbürokratisch zu wechseln und die Möglichkeit den Lehrvertrag einseitig von Seite des_r Lernende_n aufzulösen

1 Quelle: Bundesamt für Statistik (2014): Schweizerische Arbeitskräfteerhebung und abgeleitete Statistiken im 3. Quartal 2014. Bern.

http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/03/01/new/nip_detail.Document.187581.pdf

2 Quelle: Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (2007): Jung und arm: das Tabu brechen. Armut von Kindern und Jugendlichen verhindern und ihre Folgen bekämpfen. Bern.

http://www.cfej.admin.ch/c_data/d_07_rap_Armut.pdf (abgerufen: 25.1.15)



Mehr Lohn!

- Einen Mindestlohn für Lernende und Praktikant_innen
- Mindestens sieben Wochen Ferien für alle unter 20 Jahren sowie sämtliche Lernende in Erstausbildung und Praktikant_innen
- Die Abschaffung von Geldbussen an den Berufsschulen
- Einen dreizehnten Monatslohn für Lernende

Mehr Perspektive!

- Der Ausbildungsbetrieb garantiert den Lernenden eine Weiterbildung oder Anstellung nach Ende der Grundausbildung
- Einen nationalen Berufsbildungsfond
- Ein Recht auf Erstausbildung
- Die niederschwellige staatliche Unterstützung von Arbeitgebenden bei Fragen der Lehre und ein Abbau der administrativen Aufwände im Zusammenhang mit der Lernendenausbildung
- Betriebe, die Lernenden ausbilden, werden bei Ausschreibungen der öffentlichen Hand bevorzugt
- Die Schaffung von neuen Strukturen der Berufsbildung für jugendliche in schwierigen Lebenssituationen

Mehr Bildung!

- Mindestens zwei bezahlte Stunden pro Woche zum Lernen und Arbeiten für die Berufsschule
- Eine Harmonisierung und Vereinheitlichung der Bildungssysteme auf nationaler Ebene
- Eine nationale Harmonisierung des Stipendienwesens, wie sie die Stipendien-Initiative fordert
- Mehr Allgemeinbildung, Politik und Freifächer (wie an den Kantonsschulen) an der Berufsschule
- Die obligatorische Information über Lernendenrechte während der ganzen Ausbildungszeit
- Den Zugang der Gewerkschaften an die Berufsschulen
- Das Recht auf nachobligatorische Ausbildung für alle, auch jugendliche Sans-Papiers. Wobei es nicht zur Meldung der Sans-Papiers bei anderen Behörden kommen darf.
- Das Recht auf uneingeschränkten Zugang zur Berufsmaturität
- Die kritische Auseinandersetzung mit Geschlechterstereotypen bei der Berufswahl in der Sekundarstufe
- Die Unterstützung von Weiterbildungen über einen Bildungsurlaub
- Eine Verbesserung der Anerkennung von ausländischen Ausbildungen